

Tübingen funkt

An einem gewöhnlichen Werktag sind in Tübingen mehr als 50.000 Handys auf Empfang. Heute sind etwa so viele Mobiltelefone wie Autos im Einsatz. Der digitale Mobilfunk hat in zehn Jahren eine Verbreitung gefunden, die das Automobil erst nach 100 Jahren erreichte.

Eine derart rasante technische Entwicklung fordert von Gesellschaft und Politik eine hohe Anpassungsleistung. Fluch und Segen der Technik liegen eng beieinander. Wahrscheinlich an kaum einem Ort enger als zwischen Hölderlinturm und Stiftskirche. Tübingen als junge Stadt nutzt den Mobilfunk rege. Mehr als 30 Masten senden auf Markung Tübingen. Zugleich hat Skepsis gegenüber Technikfetischismus und Fortschrittsgläubigkeit ebenso wie die Sorge um Umwelt und Gesundheit in der Geistesstadt eine starke, eine gute Tradition.

Die Grünen in Land und Bund haben aus dieser Tradition heraus versucht, dem Mobilfunk Schranken zu setzen. Im Sommer letzten Jahres haben wir als Fraktion im Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine allgemeine Genehmigungspflicht für Mobilfunkantennen vorsah. Er wurde von CDU, SPD und FDP einhellig abgelehnt. Antennen bis 10m Höhe können nach wie vor ohne Genehmigung der Kommunen errichtet werden.

Etwas erfolgreicher war Bundesumweltminister Trittin. Zwar scheiterte er mit seinem Vorhaben, die Grenzwerte um den Faktor zehn abzusenken, am Widerstand von Kanzler und Wirtschaftsminister. Aber er hat der Industrie wesentliche Fortschritte in Form einer freiwilligen Selbstverpflichtung abgerungen.

Am 6. Dezember 2001 haben die Mobilfunkbetreiber den Kommunen ein Mitspracherecht bei der Standortwahl zugesichert. Zur weiteren Erforschung der Risiken des Mobilfunks stellen das Umweltministerium und die Unternehmen je 8,5 Millionen Euro bereit. Die Hersteller sollen strahlungsärmere Handys und ein Ökosiegel entwickeln. Bei Schulen und Kindergärten sind die Betreiber bereit „vorrangig Alternativstandorte zu prüfen“.

Das war für mich der Hauptgrund, bei der DB auf Verlegung des Bahnfunkmastens am Wildermuthgymnasium zu drängen. Das Vorsorgeprinzip muss bei Schulen gelten, ob nun die Bahn funkt oder ein Mast für Handys. Außerdem hat die Arcor, durch falsche Informationen so viel zur Verunsicherung am Wildermuth beigetragen, dass sie politisch Verantwortung übernehmen muss. Immerhin, nun läuft die Prüfung von Alternativstandorten. Die Inbetriebnahme des Mastens ist ausgesetzt.

Ich füge allerdings hinzu: Die Messwerte in den Klassenzimmern liegen um den Faktor 1000 unter den geltenden Grenzwerten. Ein Gesundheitsrisiko für die Kinder lässt sich zwar nicht vollständig ausschließen, aber wir setzen uns alle täglich erheblich größeren Gefahren aus. Hätte ich Kinder am Wildermuth, ich würde sie wegen des Mastens nicht abmelden.

Wir haben mehrheitlich mit den Ohren für den Mobilfunk abgestimmt. Jetzt lautet die Aufgabe, Risiken zu minimieren, ohne dabei das richtige Maß zu verlieren. Lärm und Abgase der Autos schaden unserer Gesundheit mehr als alle Handystrahlen. Vorsichtiger und reflektierter Einsatz der Mobilfunktechnik ist so notwendig wie die RegioStadtbahn.